

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SSW/026(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss SSW	Mittwoch, 12.09.2007	APH "Am Luisengarten" W.-Rathenau-Straße 43	17:00Uhr	19:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Anfragen des Heimbeirates APH "Am Luisengarten"
- 3 Anfragen des Heimleiters APH "Am Luisengarten"
- 4 Bestätigung des Protokolls der Sitzung 025/07 des BA SSW vom
18.07.2007
- 5 Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn-
und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und
Rechtsformveränderungen
Vorlage: DS0128/07
- 6 Sonstiges

Anwesend:

Siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt mit:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

2. Anfragen des Heimbeirates APH "Am Luisengarten"

Frau Sailer nimmt die Vertretung des Heimbeirates des APH „Am Luisengarten“ wahr. Sie berichtet, dass sie ständig im Gespräch mit anderen Heimbewohnern der Pflegeeinrichtung ist und sie sich insgesamt im Haus sehr wohl fühlen würden. Ganz besonders positiv sieht sie die Einrichtung des Hausbesuchsdienstes. Dadurch wird es möglich, in Begleitung das Pflegeheim zu verlassen und Spaziergänge zu unternehmen. Frau Sailer möchte sich bei den Initiatoren dieser Maßnahme, in diesem Falle Frau Paqué, bedanken.

Zufriedenheit bekundet die Heimbeiratsvorsitzende auch bezüglich der Essensversorgung. Positiv ist dabei hervorzuheben, dass es Wahlessen gibt. Probleme gibt es nicht, die hier angesprochen werden müssten.

3. Anfragen des Heimleiters APH "Am Luisengarten"

Herr Kurzmann berichtet als Einrichtungsleiter über die Situation des Hauses. Gegenwärtig liegt die Belegung bei 91 Bewohnern. Bedingt durch die Kurzzeitpflege ist eine hohe Fluktuationsrate zu verzeichnen. So gab es allein im Monat August d.J. 30 Zugänge. Dem gegenüber standen 26 Abgänge. Für ihn kommt es darauf an, die Pflegeeinrichtung zu etablieren mit einer stabilen Belegung. Gegenwärtig ist dies so bei den zwei Hausgemeinschaften, wo z.Zt. kein freier Platz zu verzeichnen ist.

Die Erfahrungen bei der Schwerstpflege gehen besonders in Richtung onkologischer Behandlung. Unter Beachtung der bisherigen Erfahrungswerte sollte das Konzept für das Haus noch einmal überarbeitet werden.

Frau Frömert fragt nach, ob der Innenhof von den Bewohnern nicht benutzt werden darf. Herr Kurzmann räumt ein, dass die Bewohner selbstverständlich den Innenhof nutzen können, aber für Rollstuhlfahrer ist der Zugang nicht direkt möglich. Gegenwärtig sind hierfür Lösungen angedacht, die im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen.

Zwischenzeitlich sind Herr Ansorge und Herr Giefers eingetroffen und bekunden ihren Unmut, dass es nicht möglich war, rechtzeitig zur Beratung anwesend zu sein, da die Eingangstür verschlossen war und auf Klingeln niemand öffnete. Es war nicht organisiert, dass sie den Beratungsort ungehindert erreichen konnten. Er bittet die Vorsitzende, die Ausschusssitzung noch einmal zu beginnen.

Frau Bröcker gibt einige Erläuterungen zum bisherigen Verlauf und fährt dann in der Beratung fort.

4. Bestätigung des Protokolls der Sitzung 025/07 des BA SSW vom
18.07.2007

Frau Bröcker stellt das Protokoll der Ausschusssitzung vom 18.07.2007 zur Abstimmung. Dazu gibt es von Frau Frömerts Seite sehr kritische Bemerkungen und Unmutsäußerungen. Sie bemängelt, dass all die von ihr in der letzten Sitzung gegebenen Anregungen und Hinweise nicht abgearbeitet worden sind. Die Darstellung der schlechtesten und günstigsten Variante bei der Rechtsformänderungen wurden nicht nachgereicht, ebenso sei im Protokoll ihr Wunsch nach einer vergleichenden Analyse der Ist-Situation in anderen Eigenbetrieben in Deutschland gar nicht enthalten.

Darüber hinaus werden Informationen zum Verlauf der Tarifverhandlungen angemahnt. Die Kritikpunkte werden von allen Ausschussmitgliedern unterstützt. Frau Bröcker informiert, dass die Tarifverhandlungen erste heute (12.09.2007) Vormittag stattfanden und mit mündlicher Information im Zusammenhang mit TOP 5 erfolgen wird.

Frau Huhn sieht ebenfalls erheblichen Erklärungsbedarf zum Papier „Strategische Weiterentwicklung des EB SSW“. Wenn alles bezüglich der Wirtschaftlichkeit nicht stimmt, steht der Betrieb in Frage. Ziel ist es aber, ihn zu erhalten.

Aufgrund fehlender Variantendarstellungen fühlt sich auch Herr Rink heute außer Stande, über die DS zu beraten.

Insgesamt sehen sich die Mitglieder des Ausschusses nicht gut informiert.

Frau Bröcker fragt nach, ob es konkrete Änderungsvorschläge zum Protokoll gibt oder ob die angemahnten, noch zu erledigenden Aufgaben, nachgeliefert werden sollen. In diesem Zusammenhang wird vom Ausschuss diskutiert, die DS 0128/07 heute von der Tagesordnung zu nehmen und zu einem späteren Zeitpunkt – wenn die erwarteten Informationen vorliegen – erneut zu beraten.

Frau Bröcker beendet die Diskussion mit dem Vorschlag, die Drucksache in der heutigen Ausschusssitzung als 1. Lesung zu betrachten und eine Sondersitzung zur Behandlung dieser DS einzulegen.

Das Protokoll wird auf der nächsten Sitzung noch einmal behandelt.

5. Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen
Seniorenwohn- und -pflegeheime und damit verbundene
Organisations- und Rechtsformveränderungen
Vorlage: DS0128/07

Als Gäste sind zur Einbringung der Drucksache Herr Dr. Brakmann vom FB 03 - Beteiligungsmanagement - sowie Herr Goldmann von der bbvl anwesend.

Herr Goldmann verteilt die Unterlagen und erläutert die Drucksache. Bei den Zahlen werden die Planzahlen des EB SSW zugrunde gelegt. Entwicklungsverläufe wurden dargestellt, was aus Sicht von der bbvl als wahrscheinlich angesehen wird.

Herr Giefers fragt nach, ob der wirtschaftliche Betrieb der städtischen Pflegeheime allein mittels Rechtsformänderung zu erreichen ist. Herr Goldmann verweist darauf, dass dies nur über die Verbindung mit Personalmaßnahmen zu erreichen ist.

Frau Huhn zieht aus dem Vorgetragenen den Schluss, dass die Rechtsformänderung erforderlich wird, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sie interessiert, ob es in Deutschland Eigenbetriebe gibt, die kommunal geführt werden und wettbewerbsfähig sind.

Herr Goldmann weist noch einmal auf die wirtschaftlichen Probleme hin. Es gibt eine dramatische wirtschaftliche Schieflage. Die Aufgabenstellung war, wie kann man hier gegensteuern in einem Eigenbetrieb bzw. was ist privatwirtschaftlich mit einer GmbH möglich. Es sind mehrere unterschiedliche Maßnahmen erforderlich.

Frau Paqué unterbreitet ihre Forderung nach Vorlage von Zahlen für die einzelnen Häuser, um die Defizite analysieren zu können.

Um Informationen vom aktuellen Stand der Tarifverhandlungen bittet Frau Frömert. Sie sieht innerhalb des EB SSW Kommunikationsprobleme zwischen der Betriebsleitung und dem Personal.

Frau Bröcker informiert zum Stand der Tarifverhandlungen, der sich im Wesentlichen wie folgt darstellt:

In diesem Termin wurden ver.di vom KAV zwei Tarifvertragsentwürfe für den EB SSW vorgelegt: der erste enthielt noch einmal die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 h, im zweiten Entwurf wurden die notwendigen Tarifabsenkungen beschrieben. Diese Vertragsentwürfe wurden von ver.di als inhaltlich nicht akzeptabel abgelehnt.

Auf die Nachfrage von Arbeitgeberseite, welche konkreten Forderungen ver.di hinsichtlich der angestrebten Rechtsformänderung stelle, wurde diese erstmalig benannt:

- umfassende Information und Diskussion der ver.di-Tarifkommission und des Personalrates des EB SSW zur Notwendigkeit der Rechtsformänderung als Voraussetzung für
- Vereinbarung eines Personalüberleitungsvertrages mit den Kernpunkten: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2012, Ausschluss des Tendenzschutzes, Rückkehrrechte der übergeleiteten Mitarbeiter zur „Mutter“, der gemeinnützigen GmbH

Dazu wurde vereinbart: ver.di legt bis zum Freitag, den 14.09.2007 einen Entwurf eines Personalüberleitungsvertrages vor, der die gesamten Forderungen auch schriftlich enthält.

Die Arbeitgeberseite betont, dass dieser Entwurf von ver.di bereits für Anfang August zugesagt war.

Darüber hinaus soll ebenfalls bis Freitag ein Fragenkatalog schriftlich zum anstehenden Rechtsformwandel vorgelegt werden. Dann soll am 24.09.2007, 10.00 Uhr, zunächst eine Informationsveranstaltung für die ver.di-Tarifkommission und den Personalrat stattfinden und anschließend die Tarifverhandlung fortgesetzt werden.

Zu den genannten Kernforderungen von ver.di hat der Eigenbetrieb generell Verständigungsmöglichkeiten gesehen und noch einmal klargestellt, dass entgegen missverständlichen Meldungen in der Presse, alle jetzt angestellten Mitarbeiter in die „Mutter“, die gemeinnützige

GmbH übernommen werden sollen, und niemand der geplanten Servicegesellschaft zugeordnet werden soll.

Herr Pfeifer informiert die Anwesenden über die bisher von ihm unternommenen Maßnahmen zur Information der Mitarbeiter und des Personalrates. Er nimmt Bezug auf das Strategiepapier, welches er dem Personalrat zur Verfügung gestellt und in jeder Einrichtung des Eigenbetriebes erläutert hat.

Er betont, dass es ihm dabei vor allem um die Sicherung der Arbeitsplätze ging, was er den Mitarbeitern in einer zweiten Information so auch mitgeteilt hat. Als finanzielle Grundlage war für ihn das Tarifniveau von 2006 mit betriebsergebnisabhängiger Einmalzahlung Ausgangspunkt, vorausgesetzt, es bleibt bei der bisher guten Auslastung.

Er verweist auch auf die gemeinsame Versammlung in der Seniorenwohnanlage, als Frau Bröcker den Mitarbeitern die beabsichtigte Rechtsformveränderung erläutert hat und für Fragen zur Verfügung stand.

Frau Ludwicki bestätigt, dass Informationsveranstaltungen stattfanden. Von Servicegesellschaften und Outsourcing von Mitarbeitern, wie im Gutachten der bbvI, wurde nichts an die Mitarbeiter herangetragen. Sie ist der Meinung, die Konditionen des Rechtsformwandels werden nicht ausreichend dargestellt.

Herr Pfeifer erwidert, dass diese Überlegung zum Outsourcing lediglich als Variante zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des EB SSW von der bbvI im Gutachten untersucht wurde. Herr Goldmann bestätigt dies.

Die Kosten/Gewinn-Situation des EB SSW wird von Herrn Ansorge noch einmal thematisiert. Das Betriebsergebnis lag vor einigen Jahren bei ca. 1 Mio € im Guthabenbereich. Seit fünf Jahren rutscht das Ergebnis ins Minus. Von der bbvI wird ab 2008 wieder ein Ergebnis deutlich über 1 Mio € dargestellt. Wie soll eine solche Wende zum Positiven erreicht werden? Den Sprung von 2006 bis 2008 hält er so wie aufgezeigt nicht für möglich.

Herr Dr. Brakmann fasst zusammen, dass viele Maßnahmen zur Sanierung der städtischen Pflegeheime erforderlich sind. Gleichzeitig verweist er, dass die wirtschaftliche Schieflage und die GmbH-Bildung nichts miteinander zu tun haben.

Bezüglich des Ergebnisses für 2006 ist auch Herr Goldmann skeptisch. Sie werden wohl in der Realität die geplanten Zielgrößen nicht erreichen, zumal ab 2008 die vorgesehene Ost/West-Angleichung bei den Löhnen realisiert wird.

Durch Herrn Giefers wird noch einmal das Betreiben der Seniorenwohnanlage durch die Stadt hinterfragt. Er ist nicht davon überzeugt, dass das die Stadt wirklich besser kann als ein Privater.

Herr Pfeifer äußert sich zu den Zahlen aus dem Jahr 2006. Er verweist auf die erheblich hohen Rückstellungsaufwendungen, die mit in die Summe der Personalkosten einfließen. Er wiederholt, dass mit dem Gehaltsniveau von 2006 einschließlich Beibehaltung Wochenarbeitszeit und ergebnisabhängiger Einmalzahlung die GmbH dauerhaft existieren könne. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplanes war die Ost/West-Anpassung 2007/2008 nicht mit aufgenommen worden, auch nicht die Arbeitszeiterhöhung auf 40 Std./Woche. Aus den jetzt veränderten Tarifbedingungen wird sich ein weiterer Verlust von ca. 400 T€ ergeben. Dies müsste u.a. zum Auslaufen von Verträgen für befristet eingestellt Mitarbeiter führen.

Eine Reduzierung der „Arbeitsmenge“ an sich sollte aber dringend möglichst vermieden werden, um keine Qualitätsverschlechterung bei der Pflege zu erhalten.

Herr Ansorge kann nachvollziehen, dass es schwierig ist, die Gehälter des Öffentlichen Dienstes mit den Durchschnittsgehältern, die die Pflegekasse für ihre Kostenermittlung zugrunde legt, überein zu bringen. Er sieht eine Chance darin, Betriebsteile, die gewinnbringend arbeiten, in der GmbH zu erhalten und sich von den übrigen zu trennen. So könnte man seiner Meinung nach das Risiko minimieren.

Im Wirtschaftsplan, der 2006 erstellt wurde, sind Einnahmen für das APH „Am Luisengarten“ enthalten, die so nicht eingetreten sind. Die Entwicklung im „Luisengarten“ geht von der Belegung her zwar langsamer als erwartet, aber stetig voran. Jedoch kann die Entwicklung im Personalkostenbereich dieser Einrichtung bisher nicht ausgeglichen werden.

Frau Huhn vermisst die grundsätzliche Aussage für die Mitarbeiter zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Kann der Eigenbetrieb nicht als solcher weiterlaufen, wenn man sich von den defizitär arbeitenden Einrichtungen trennt?

Frau Bröcker erläutert, dass dies nicht reicht. Pflegesätze, Gesundheitsreform, TVöD-Bedingungen, zunehmende Konkurrenz bergen viele Risiken in sich. Aus der aktuellen Situation ergibt sich die Erkenntnis, dass ein Eigenbetrieb „Pflegeheime“ nicht wirtschaftlich zu führen ist. Es kommt jetzt darauf an, für den Rechtsformwechsel einen vernünftigen Verfahrensweg zu finden.

Frau Huhn wünscht einen Grundsatzbeschluss, der besagt, Rechtsformänderung ohne einen Dritten. Dazu äußert sich Herr Dr. Brakmann und erläutert mögliche Vorteile eines Gesellschafters – bringt Kredite mit, was die Stadt nicht kann, verfügt über spezielle einschlägige Erfahrungen.

Frau Bröcker sieht eine praktikable Möglichkeit, die „Mutter“ TVöD-gebunden zu lassen, für die anderen Bereiche (Töchter) einen Haustarifvertrag zu vereinbaren.

Herr Giefers macht deutlich, dass die Zahlen für die GmbH-Bildung aus seiner Sicht nicht tragfähig sind. Hier möchte er mehr Sicherheit für die Stadt (Zuschüsse ausschließen).

Frau Frömert weist auf die Abarbeitung der Forderungen hin, die im Protokoll geschrieben waren. Sie erwartet den Vergleich verschiedener Varianten.

Von Herrn Ansorge wird noch einmal herausgestellt, dass es darauf ankommt, eine qualitativ gute Versorgung der Pflegebedürftigen zu sichern und gleichzeitig den Mitarbeitern ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Mit dem Rechtsformwandel sollten die Vorteile, die eine GmbH bietet, genutzt werden. In Bezug auf die Drucksache hält er die Machbarkeitsstudie für fraglich. Es kommt darauf an, dass zuverlässige Prognosen zugrunde gelegt werden, zu analysieren, ob GmbH für den gesamten Verbund oder extra Gesellschaften, die Bedingungen zur Personalüberleitung müssen besprochen und ausgehandelt werden.

Weitere Diskussion gibt es zum Businessplan und Herr Goldmann sowie Herr Dr. Brakmann erläutern die Darstellungen der Drucksache.

Frau Bröcker schlägt vor, die weitere Behandlung, sowie Abstimmung über die Drucksache auf eine Sondersitzung zu vertagen. Ein entsprechender Terminvorschlag wird über die Betriebsleitung an die Ausschussmitglieder unterbreitet.

Herr Goldmann sagt zu, anlässlich der nächsten Sitzung noch einmal Vorteile der gemeinnützigen GmbH gegenüber einem Eigenbetrieb darzustellen, sowie den Vergleich der Einrichtungen hinsichtlich des Betriebsergebnisses aufzuzeigen.

6. Sonstiges

Unter diesem TOP gibt es keine Informationen bzw. Anfragen

Frau Bröcker stellt formal Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Bröcker
Vorsitzende/r

Schäfer
Schriftführer/in